

**7. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Donnerstag, 14. Dezember 2006  
im Tell-Saal, Ostermundigen**

**Beginn: 18.00 Uhr**

**Schluss: 20.00 Uhr**

---

<b>Vorsitz:</b>	Erich Blaser	(SVP)	1
<b>Stimmzähler:</b>	Maria Anna Baumann	(SP)	1
	Markus Truog	(SVP)	1
<b>Anwesend:</b>	Claudine Basler, Aziz Dogan, Rudolf Kehrli, Rudolf Mahler, Mevlude Nesimi, Marianne Neuenschwander, Norbert Riesen, Roger Schär, Regula Unteregger, Rudolf Wiedmer	(SP)	10
	Hans-Rudolf Hausammann, Ernst Hirsiger, Christoph Künti, Patrik Lüthy, Lucia Müller, Alike Maria Panayides, Beat Weber	(SVP)	7
	Markus Egger, Heinz Gfeller, Philipp Marti, Pe- ter Wegmann	(FDP)	4
	Philippe Gerber, Bruno Schröter, Rahel Wagner	(EVP)	3
	Franz Kälin, Eduard Rippstein	(CVP)	2
	Walter Bruderer, Marco Mantarro, Michael Mei- enhofer	(FORUM)	3
	Thomas Christen, Daniel Kirchhofer	(SD)	<u>2</u>
			<b><u>34</u></b>
<b>Vertreter des Ge- meinderates:</b>	Gemeindepräsident Christian Zahler, Annagreth Friedli, Tho- mas Iten, Egon Julmi, Ursula Lüthy, Ursula Norton, Urs Rüedi, Peter Suter, Thomas Werner Gemeindeschreiberin Marianne Meyer		
<b>Entschuldigt:</b>	<b>Mitglieder des Grossen Gemeinderates</b> Renate Bolliger, Marco Krebs, Theo Lutz, Rupert Moser, Meta Stäheli Ragaz, Andreas Thomann  <b>Mitglieder des Gemeinderates</b> ---		
<b>Protokoll:</b>	Jürg Kumli, Gemeindeschreiber-Stv.		

## G E S C H Ä F T E

85	P Protokoll-Genehmigungen	<b>Protokoll der 6. Sitzung des GGR vom 26. Oktober 2006; Genehmigung</b>	<b>324</b>
86	10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)	<b>Wahl des Büros des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2007</b>	<b>325</b>
87	10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)	<b>Geschäftsprüfungskommission des Grossen Gemeinderates (GPK), Wahl Präsidium und Vizepräsidium für das Jahr 2007</b>	<b>328</b>
88	10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)	<b>Geschäftsprüfungskommission (GPK); Ersatzwahl</b>	<b>329</b>
89	10.603 Finanzkommission	<b>Finanzkommission; Ersatzwahl</b>	<b>330</b>
90	10.622 Tiefbaukommission	<b>Tiefbaukommission; Ersatzwahl</b>	<b>331</b>
91	10.372 Motionen 10.2340 Internet / früher 10.1115*	<b>Motion EVP-Fraktion betreffend Neugestaltung der Internet-Homepage der Gemeinde Ostermundigen; Begründung</b>	<b>332</b>
92	10.373 Postulate 20.931 Sparkasse	<b>Postulat FORUM-Fraktion betreffend die Beschaffung von Fremdgeld bei der eigenen Bevölkerung; Begründung</b>	<b>335</b>
93	10.374 Interpellationen 10.2203 Arbeitszone „Mösli“	<b>Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Arbeitszone Mösli; Begrün- dung und Beantwortung</b>	<b>342</b>
94	10.375 Einfache Anfragen 30.131 Drahtfernsehnetz	<b>Einfache Anfrage M. Meienhofer (FORUM) betreffend zukünftige Bewirtschaftung des Kabelnetzes (Cablecom) auf Gemeindegebiet; Beantwortung</b>	<b>346</b>
95	10.375 Einfache Anfragen 10.2013 Tram, BernMobil (SVB)	<b>Einfache Anfrage D. Kirchofer (SD) betreffend Rüti-Tram; Beantwor- tung</b>	<b>348</b>

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Dezember 2006

---

- 96                    10.221 Petitionen  
                         30.322 Sport- und Spielplätze, Freizeitanlagen  
**Petition von RütibewohnerInnen für eine öffentlich zugängliche Toilette  
im Areal „Robinsonspielplatz“ - Orientierung des Gemeinderates**                    **349**
- 97                    10.375 Einfache Anfragen  
                         30.417 Untere Zollgasse 8  
                         30.418 Untere Zollgasse 10  
**Einfache Anfrage Ph. Marti (FDP) betreffend Abbruch der bestehenden  
Gebäude Untere Zollgasse 8 + 10; Wiederherstellung des natürlichen  
Terrains - *parlamentarischer Neueingang***                    **352**
- 98                    10.375 Einfache Anfragen  
                         30.423 Schulhaus Rütli  
**Einfache Anfrage B. Schröter (EVP) betreffend die Sanierung des  
Rütischulhauses; *parlamentarischer Neueingang***                    **353**

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Dezember 2006

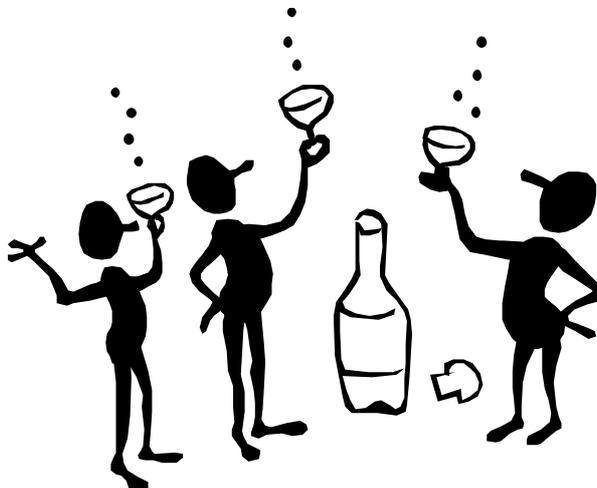
---

**Ratspräsident:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur 7. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreterinnen und -vertreter willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Es sind **34** Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

### **Mitteilungen des Ratspräsidenten:**

- ① Der Gemeinderat und die Kulturkommission laden die Ratsmitglieder zum Neujahrstrunk ein. Am 1.1.2007 wird ab 11.00 Uhr ein Apéro offeriert.



- ① Die Herren Kälin Franz, Lüthy Patrik und Lutz Theo haben per 31. Dezember 2006 ihre Demission aus dem GGR eingereicht.
- ① Die nächste Sitzung findet gemäss Terminplan am **15. Februar 2007** statt.
- ① Im Anschluss an die heutige Sitzung treffen wir uns im Restaurant Schützenhaus zum Racletteessen. Die Pressevertretenden sind ebenfalls herzlich willkommen.
- ① Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:

### **„Was mir an Ostermundigen gefällt“ eine Umfrage mit Auswertung der EVP**

**Rahel Wagner (EVP):** Die EVP führte am Herbstmärit vom 2. September eine Umfrage zum Thema „Was mir an Ostermundigen gefällt“ durch. 101 Personen haben an dieser Umfrage teilgenommen. Die Auswertung liegt auf den Tischen auf. Vielleicht haben Sie auch schon etwas darin herumgeblättert.

Warum diese Umfrage? - Es gibt zwei Gründe:

1. Es liegt den Menschen nahe, sich immer zuerst über das zu äussern, was ihnen nicht gefällt. Die EVP wollte es umgekehrt machen und für einmal das Positive

hervorheben. Dass es nicht an Gutem in Ostermundigen mangelt, zeigt das Ergebnis: 90 verschiedene Dinge wurden genannt, wobei dazu noch Präzisierungen erfolgten. Daraus entstand dieses 9-seitige Dokument, das sehr interessant zu lesen ist und einen manchmal schmunzeln lässt. Ein Schüler schrieb: „Mir gefällt alles in Ostermundigen, ausser die Schule (zu wenig lange Pausen!). Folgendes wurde am meisten genannt:

• Öffentlicher Verkehr	45 mal
• Naherholungsgebiete/Grünräume	33 mal
• Stadtnähe	31 mal
• Einkaufsmöglichkeiten	28 mal
• Vereine/Vereinsleben	26 mal
• Menschen	22 mal
• Herbstmärit	18 mal
• Lage	17 mal

Für eine Gemeinde ist es wichtig zu wissen, was die Bevölkerung schätzt. Dies sollte unbedingt erhalten, allenfalls auch ausgebaut werden. Was die EVP sehr freut, ist die Tatsache, dass gut 20 % der Befragten angaben, dass ihnen die Menschen in Ostermundigen gefallen (nett, freundlich, man kennt sich). Gute zwischenmenschliche Beziehungen sind nach Meinung der EVP immer noch das wichtigste Element für echte Lebensqualität.

2. Ich darf dieses Umfrageergebnis heute offiziell dem Gemeinderat mit einem Brief von Theres Pulfer, der Präsidentin unserer Ortspartei übergeben. Ich zitiere daraus einen weiteren Grund für die Umfrage:

*„Ziel des Unternehmens war es, Hinweise zu sinnvoller Werbung für den Wohnort Ostermundigen zu erhalten. Es genügt unserer Meinung nach nicht, eine Menge neuer Wohnungen zu erstellen und abzuwarten, dass gute Steuerzahler dazuziehen. Eine aktive Werbekampagne ist nötig, die die Vorzüge des Wohnens in Ostermundigen hervorhebt und in weiten Kreisen auf verschiedenen Wegen bekannt macht, z. B. durch die Presse und vor allem auch auf der Homepage. Wir hoffen, dass das Resultat unserer Umfrage Ihnen als Werkzeug dazu dienen kann. Denn was ist glaubwürdiger als die Aussagen der Bevölkerung, die die positiven Aspekte unserer Gemeinde hautnah erlebt und zu schätzen weiss.“*

### **„Sozialarbeit in Ostermundigen“ - Zusammenfassung der öffentlichen Veranstaltung vom 2. November 2006**

**Claudine Basler (SP):** Neun sehr engagierte Organisationen (Pro Infirmis, Pro Senectute, Spitex Verein, Mütter- und Väterberatung Bern-Land, reformierte Kirche, katholische Kirche, Jugendamt, Amtsvormundschaft und Sozialdienst Ostermundigen) haben sich die Mühe gemacht, ihre Institutionen vorzustellen. Der Politik wurde von den Organisationen kundgetan, welche Arbeiten sie verrichten und welche Bedürf-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Dezember 2006

---

nisse, Wünsche und Anliegen sie dazu benötigen. Diese Anliegen an die Politik hätten allen GGR-Mitgliedern vorgetragen werden sollen. Doch lediglich fünf Mitglieder haben diesen Anlass besucht!?!

Es hat mich sehr getroffen, dass neun Organisationen von Ostermündigen, welche pro Jahr von rund einem Fünftel der Bevölkerung kontaktiert werden und deren Dienstleistungen in Anspruch nehmen, auf ein so geringes Echo aus dem Rat gestossen ist. Es war ein gelungener Auftritt dieser Organisationen, die ebenfalls super Dienstleistungen anbieten.

Hier im Saal nehmen wir uns stets sehr viel Zeit für die Baugeschäfte und diskutieren stundenlang über die Gemeindefinanzen. Doch die sozialen Anliegen der Gemeinde können unser Interesse resp. Aufmerksamkeit nicht wecken. Die von den Organisationen verrichteten Arbeiten fallen ebenfalls in unseren Zuständigkeitsbereich. Es wäre nichts als korrekt und anständig, wenn solche Institutionen, die sich die Mühe für solche Infoanlässe nehmen, auch auf ein entsprechendes Interesse der Parlamentsmitgliedern zählen dürfte.

- Jahreskalender 2007
- Dem Ratssekretär möchte ich für die weihnachtliche Dekoration der Ratstische ein Dankeschön aussprechen.

#### **Traktandenliste:**

- Traktandum Nr. 96: Orientierung des Gemeinderates  
Petition von RütibewohnerInnen für eine öffentlich zugängliche Toilette im Areal „Robinsonspielplatz“ (Sprecher E. Julmi)

#### ***Parlamentarische Neueingänge***

- Einfache Anfrage Ph. Marti (FDP) betreffend Abbruch der bestehenden Gebäude Untere Zollgasse 8 + 10; Wiederherstellung des natürlichen Terrains
- Einfache Anfrage B. Schröter (EVP) betreffend die Sanierung des Rütischulhauses

Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

#### **B e s c h l u s s:**

Die Traktandenliste wird unter Berücksichtigung der vorerwähnten Ergänzungen genehmigt.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Dezember 2006

---

85 P Protokoll-Genehmigungen

**Protokoll der 6. Sitzung des GGR vom 26. Oktober 2006; Genehmigung**

**Ratspräsident:** Es liegen keine Wortbegehren zum 72-seitigen Schriftstück vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Das Protokoll der 6. Sitzung des GGR vom 26. Oktober 2006 wird mit bestem Dank an den Verfasser genehmigt.

86 10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

## **Wahl des Büros des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2007**

### **Ratspräsidentin**

Als Ratspräsidentin des GGR wird auf Vorschlag der SP-Fraktion einstimmig gewählt:

### **NEUENSCHWANDER MARIANNE (SP)**

**1. Vizepräsidentin Marianne Neuenschwander (SP):** Ich danke den Mitgliedern des GGR für die Wahl zur Präsidentin und nehme diese selbstverständlich gerne an.

Einen besonderen Dank möchte ich an meine Fraktion richten, welche mich vor zwei Jahren kaum gewählt, bereits für das Amt der 2. Vizepräsidentin vorschlug. Hatte ich doch, nachdem ich über 20 Jahre nicht mehr in der Gemeinde Ostermundigen Wohnsitz hatte, nicht einmal mit einer Wahl in den GGR gerechnet. Ich wurde dann nicht nur gewählt, sondern durfte bereits im Büro des GGR Einsitz nehmen. Fängt man normalerweise als „Hinterbänkler“ an zu politisieren, darf ich nun bereits als „höchste Ostermundigerin“ auf dem Podest Platz nehmen. Dies ist mir natürlich eine grosse Freude und ich hoffe, dass ich das in mich gesetzte Vertrauen trotz meiner noch kurzen Parlamentszugehörigkeit erfüllen kann. Ich durfte seit zwei Jahren hinter die Kulissen des Ratspräsidenten blicken. Sicher werde ich auch immer wieder auf die Unterstützung meiner Büromitglieder, aber auch auf diejenige des Ratssekretärs und der Gemeindeschreiberin angewiesen sein und danke ihnen schon heute dafür.

In Ostermundigen aufgewachsen, bin ich 1979 mit meinem Mann nach Ittigen „ausgewandert“ und dort durfte in verschiedenen Kommissionen mitarbeiten, da Ittigen über kein Parlament verfügt. Parallel dazu war ich in der letzten Legislatur noch Mitglied des damaligen Parlaments der Einwohnergemeinde Bolligen, so dass mir der Ratsbetrieb trotzdem nicht ganz fremd ist.

Ich werde mich darum bemühen, die Ratssitzungen nach bestem Wissen und Gewissen zu leiten und hoffe, dass es mir möglich sein wird, dem immer wieder geäusserten Wunsch eurer Seite nachzukommen und die Sitzungen möglichst nicht vor 18.00 Uhr beginnen zu müssen.

In diesem Sinne übergebe ich die Sitzungsleitung wieder Erich Blaser, damit dieser seine letzte Sitzung als Präsident heute noch ausgiebig geniessen kann.

**Ratspräsident:** Besten Dank für die Ausführungen. Für die Zeit als Ratspräsidentin wünsche ich Dir viel Erfolg und eine gute Zeit. Nehmen wir die Fortsetzung der Wahlen in Angriff.

## 1. Vizepräsident

Als 1. Vizepräsident des GGR wird auf Vorschlag der FDP-Fraktion einstimmig gewählt:

**PETER WEGMANN (FDP)**

## 2. Vizepräsident

**Norbert Riesen (SP):** Wir haben Verständnis, dass niemand anderes von der EVP-Fraktion dieses Amt ausführen will. Ich finde es schade, dass diese Vakanz (1 x SP, 1 x SVP, 1 x FDP und 1 x übrige Parteien) wieder durch die EVP und nicht von einer anderen Kleinpartei wie FORUM, CVP oder SD besetzt werden kann. Dies entspricht nicht der ehemaligen Absicht des Wahlzyklusses. Dass gleichzeitig noch der gleiche Mann (4 Jahre älter) zur Wahl vorgeschlagen wird, scheint schon etwas komisch zu sein und muss unter den Parteipräsidenten diskutiert werden.

**Aliki Maria Panayides (SVP):** Die SVP-Fraktion hat sich die gleichen Fragen wie die SP-Fraktion gestellt und sich bei der EVP entsprechend erkundigt. Diese Klausel wurde einmal so beschlossen und deshalb sind wir zum Schluss gekommen, die Wahl von Bruno Schröter zu unterstützen. Vielleicht müssen diese Minderheitsklauseln im Rahmen der Behörden- und Verwaltungsreform nochmals diskutiert werden.

Als 2. Vizepräsident des GGR wird auf Vorschlag der EVP-Fraktion fast einstimmig gewählt:

**BRUNO SCHRÖTER (EVP)**

## Zwei Stimmzählende

Als Stimmzählerin des GGR wird auf Vorschlag der SP-Fraktion einstimmig gewählt:

**BAUMANN MARIA ANNA (SP)**

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Dezember 2006

---

Als Stimmzähler des GGR wird auf Vorschlag der SVP-Fraktion einstimmig gewählt:

**MARKUS TRUOG (SVP)**

**Ratspräsident:** Ich gratuliere allen ins Ratsbüro gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier ganz herzlich zu ihrer Wahl.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Dezember 2006

---

87 10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

**Geschäftsprüfungskommission des Grossen Gemeinderates (GPK), Wahl Präsidium und Vizepräsidium für das Jahr 2007**

Auf Vorschlag der SVP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Für das Jahr 2007 wird als Präsident der GPK gewählt:

**ERNST HIRSIGER (SVP)**

Auf Vorschlag der SP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Für das Jahr 2007 wird als Vizepräsident der GPK gewählt:

**RUDOLF KEHRLI (SP)**

88 10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

**Geschäftsprüfungskommission (GPK); Ersatzwahl**

**1. Vizepräsidentin Marianne Neuenschwander (SP):** Auf Vorschlag der SVP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Als Ersatz für den zurückgetretenen Patrik Lüthy (SVP) wird Erich Blaser (SVP), Bernstrasse 32, Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2008 als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Dezember 2006

---

89 10.603 Finanzkommission

**Finanzkommission; Ersatzwahl**

Auf Vorschlag der SP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Als Ersatz für den zurückgetretenen Jean-Claude Düby (SP) wird Simon Kehrli (SP), Lilienweg 11 b, Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. November 2006 bis 31. Dezember 2008 als Mitglied der Finanzkommission gewählt.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Dezember 2006

---

90 10.622 Tiefbaukommission

**Tiefbaukommission; Ersatzwahl**

Auf Vorschlag der SVP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Als Ersatz für den zurückgetretenen Patrik Lüthy (SVP) wird Marion Buchser (SVP), Unterdorfstrasse 49, Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2008 als Mitglied der Tiefbaukommission gewählt.

91 10.372 Motionen  
10.2340 Internet / früher 10.1115\*

### **Motion EVP-Fraktion betreffend Neugestaltung der Internet-Homepage der Gemeinde Ostermundigen; Begründung**

#### **Wortlaut**

*Der Gemeinderat wird beauftragt, den Internetauftritt der Gemeinde Ostermundigen neu zu gestalten und zu aktualisieren.*

#### **Begründung**

*Die Homepage der Gemeinde Ostermundigen ist ein Aschenputtel unter den Internet-Auftritten anderer Gemeinden. Das überwiegende grau/rauchblau der Seiten und vor allem auch die Titelseite sind wenig ansprechend und werben nicht für Ostermundigen. Zudem sind auch beim strukturellen Aufbau Anpassungen notwendig, mit dem Ziel, dass die BenutzerInnen schnellen Zugriff auf gewünschte Informationen haben.*

*Es besteht die Absicht der Gemeinde, Ostermundigen für neue und vor allem zahlungskräftige EinwohnerInnen attraktiv zu machen. Dies sollte sich auch im Internetauftritt zeigen. Denn Ostermundigen hat einiges zu bieten, das - ins rechte Licht gerückt - sehr anziehend ist.*

*Die Neugestaltung des Internetauftritts könnte als Projekt für die Informatiklernenden der Gemeindeverwaltung Ostermundigen in Auftrag gegeben werden. Die Lernenden lernen so die Verwaltung sehr gut kennen, können eigene Ideen verwirklichen und die Kosten für die Gemeinde sind tragbar.*

**Rahel Wagner (EVP):** Die EVP hat diese Motion eingereicht, weil sie immer wieder von verschiedenen Seiten her Klagen über die Homepage der Gemeinde hört. Oftmals werden aktuelle Themen nicht gefunden, die eigentlich unter dem „atmenden aktuell-Wölklein“ aufgeführt sein müssten. Ein kleines Beispiel dafür, welches unsere Partei betraf, ist die fehlende Anzeige über bevorstehende Gemeindeabstimmungen. So verpassten wir einmal die Abgabe einer Abstimmungsempfehlung, weil wir noch nicht im Besitz der Abstimmungsunterlagen waren und auf der Homepage nichts aufgeführt war, weder unter „aktuell“ noch unter „Abstimmungen“ im alphabetischen Stichwortverzeichnis. Wie in der Motion aufgeführt, sind auch beim strukturellen Aufbau Anpassungen notwendig, um einen schnelleren Zugriff auf die gewünschten Informationen zu erhalten.

Für das Auge ist die Homepage nicht ansprechend. Es wurden zwar mehr Bilder eingefügt, was aber den Gesamteindruck der vorwiegend in grau/rauchblau gehaltenen Seiten mit dem braunen Steg unten nicht wesentlich verbessert. Es gibt viele gute Beispiele für schön gestaltete und gut strukturierte Internetseiten von Gemeinden. Wenn Ostermundigen sich attraktiv anbieten will, dann ist die Homepage heute eines der wichtigsten Mittel dafür.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Dezember 2006

---

Es wäre sicher möglich, die Kosten möglichst klein zu halten, indem Informatiklern diesen Auftrag als Lernprojekt ausführen könnten. Falls dies nicht möglich ist, könnten andere sinnvolle Lösungen gefunden werden, allenfalls auch mit einem Arbeitslosenprojekt.

Die EVP bittet deshalb den Grossen Gemeinderat, diese Motion zu unterstützen.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Für die Neugestaltung der Homepage wurde im Herbst ein Evaluations- und Offerteverfahren durchgeführt. Der Gemeinderat hat am 12. Dezember 2006 einen entsprechenden Investitionskredit bewilligt. Die Neugestaltung soll bis im Frühling 2007 realisiert sein.

Die Motion greift in die Kompetenz des Gemeinderates ein. Gemäss Art. 51 Abs. 3 GO des GGR ist der Gemeinderat aber bereit, die Motion als Richtlinie entgegen zu nehmen und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben.

**Marco Mantarro (FORUM):** Die Internetseiten sind ein PR-Instrument für die Gemeinde Ostermundigen. Die Internetseiten sind nicht ganz falsch, sie sind informativ und relativ schnell können praktische und nützliche Hinweise gefunden werden. Das Erscheinungsbild der Gemeindehomepage ist jedoch nicht ideal. Über die Gestaltung und die Farben lässt sich streiten. Doch die Rubrik „News“, versehen mit einer prä-historischen Schreibmaschine, lässt nicht gerade viel Aktualität aufkommen. Das Gemeindewappen kann nur auf der Seite „Ortsplan“ eingesehen werden. Das Wappen gehört auf jede Seite in den Kopfbanner.

Ein Vergleich mit anderen Gemeinde hat zu einigen interessanten Hinweisen geführt. Das GA kann in der Gemeinde Muri AG via Internet gebucht werden. Ansprechende Bilder mit freiem Bauland oder Wohneigentum sind verlinkt mit den entsprechenden Anbietern. Ein Infopodium und ein Terminkalender für die politischen Parteien stehen ebenfalls zur Verfügung. Es braucht eine einfache und dynamische Einstiegsseite. Um Kosten zu sparen, könnte auch ein Wettbewerb durchgeführt werden.

Wir unterstützen die Motion der EVP-Fraktion.

**Rahel Wagner (EVP):** Wir haben vorgeschlagen, um Kosten zu sparen, das Projekt mit einem Arbeitslosenprojekt oder mit Jugendlichen durchzuführen. Wie stellt sich der Gemeinderat zu dieser Frage. Wurde der Auftrag bereits an eine professionelle Firma vergeben?

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Diese Frage hat der Gemeinderat ebenfalls diskutiert. Er ist zum Schluss gekommen, dass eine professionelle Firma nicht nur die Entwicklung der Homepage vornimmt, sondern auch deren Wartung und Aktualisierung vorzunehmen hat. Der Inhalt der Pages kann von den einzelnen Abteilungen nachgeführt werden.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Dezember 2006

---

Wir bilden zurzeit einen Informatiklehrling aus. Für die Homepagegestaltung wird ein Telematiker gebraucht. Der Gemeinderat hat für das Refreshing einen Investitionskredit von Fr. 30'000.-- bewilligt.

**Ratspräsident:** Es liegen keine Wortbegehren mehr vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Motion der EVP-Fraktion betreffend Neugestaltung der Internet-Homepage der Gemeinde Ostermundigen wird begründet, als Richtlinie erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

92	10.373	Postulate
	20.931	Sparkasse

### **Postulat FORUM-Fraktion betreffend die Beschaffung von Fremdgeld bei der eigenen Bevölkerung; Begründung**

#### **Wortlaut**

*Im Interesse von Bevölkerung und Gemeinde ist der Gemeinderat eingeladen, die folgenden Vorschläge zur Beschaffung von Fremdkapital zu prüfen:*

- *die Führung einer Gemeindesparkasse (allenfalls zusammen mit anderen Gemeinden)*
- *die Herausgabe von „Kassenobligationen-ähnlichen“ Titeln (z. B. Stückelung Fr. 10'000.--, mit allenfalls variablem Zinssatz, der 1 % unter dem durchschnittlichen Zinssatz der bisherigen Geldgeber liegt oder sich an den Hypothekarzinsen orientiert)*
- *andere Vorgehen bzw. Verfahren, die - allenfalls in Zusammenarbeit mit Dritten - zu analogen Ergebnissen führen.*

#### **Begründung**

*Ausgehend vom Beispiel, dass 10 Mio. Franken Fremdgeld (500 Geldgeber à Fr. 20'000.--) zu einem um 1 % tieferen Zinssatz (= Fr. 100'000.--) beschaffbar sind, ist es bei einem hoch geschätzten jährlichen Verwaltungsaufwand von Fr. 50'000.-- möglich, sowohl den jährlichen Zinsaufwand der Gemeinde um Fr. 50'000.-- zu verringern, als auch bei den Geldgebern aus der Bevölkerung Mehrerträge von Fr. 100'000.-- (z. B. bei 2,5 statt 1,5 % Aktivzins) zu generieren, die entweder das steuerbare Einkommen/Vermögen erhöhen oder im Interesse der Wirtschaft den Konsum stimulieren.*

*Der grössere Teil der Aktiven der Gemeinde Ostermundigen ist mit Fremdkapital finanziert, das verzinst werden muss. Den Geldgebern hat die Gemeinde zurzeit für die mittel- und langfristigen Schulden jährlich Zinsen im Betrag von 2,5 Mio. Franken zu bezahlen, die soweit möglich an die Verursacher belastet werden.*

*Die Bevölkerung wird seit längerer Zeit für ihre Spargelder bezüglich Zinssatz äusserst knapp gehalten. Grosse Sparanreize gibt es nicht. In Ausnahmefällen gehen sogar Spargelder verloren. Jung und Alt muss erleben, dass der Zinsertrag - wenn überhaupt - noch knapp ausreicht, um die Teuerung und die Gebühren auszugleichen. Wer höhere Kapitalerträge erzielen will, muss Risiken eingehen. Geldverluste der Bevölkerung können jedoch nicht nur das Risiko der öffentlichen Hand betr. Leistung von Unterstützungsbeiträgen erhöhen; auch die Zahlungsmoral (z. B. für Steuern, Krankenkasse, Rechnungen von Dritten) wird negativ beeinflusst.*

*Die öffentliche Hand sollte daran interessiert sein, dass Spargelder risikolos und zu guten Zinssätzen angelegt werden können. Tiefe Zinssätze wirken sich negativ auf*

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Dezember 2006

---

*den Sparwillen und aufs steuerbare Einkommen/Vermögen aus, was bei allen Bezü-  
gern von Steuern (Bund, Kanton, Gemeinde, Kirchen, Feuerwehr) zu tieferen Erträ-  
gen führt.*

*Das von Banken via Kassenobligationen beschaffte Geld ist mit fixem Zinssatz zur  
Rückzahlung auf ein oder mehrere Jahre, mit Wiederanlagemöglichkeit zu neuen  
Konditionen terminiert. Statt die Zinsen jährlich auszubezahlen, werden sie auf  
Wunsch des Geldgebers zusammen mit der Fälligkeit der Schuld zurückbezahlt. Der  
EDV-unterstützte Aufwand für die Verwaltung von „Kassenobligationen-ähnlichen Ti-  
teln“ dürfte darum gering sein.*

*Fremdgeldbeschaffung bei der eigenen Bevölkerung wird die Standortattraktivität ei-  
ner Gemeinde erhöhen.*

**Walter Bruderer (FORUM):** Was im Postulatstext steht, möchte ich mit ein paar Er-  
gänzungen untermauern. 66 Mio. Franken Fremdkapital hat die Gemeinde im letzten  
Jahr zu durchschnittlich 3,6 % verzinst. 2,5 Mio. Franken ist dafür den Geldgebenden  
abgeliefert worden. Ostermundigen holt das fehlende Geld zum grössten Teil von  
Vorsorgekassen und Lebensversicherungen. Früher hat sie auch einmal 2 Mio.  
Franken aus privater Hand gehabt und Geld von der „Pensionskasse vom Gemein-  
depersonal“. Im Jahre 2005 hat der Finanzverwalter die nötigen Millionen bei Versi-  
cherungen geholt, und zwar zu Zinssätzen von 2,61 bzw. 2,82 %, und das erst noch  
bei einer Laufzeit von unglaublichen 20 Jahren. Lob gebührt Stefan Lanz für sein  
Wirken! Fragezeichen verdienen aber Versicherungsgesellschaften, die mit dem  
Geld von ihren Prämienzahlenden überaus „grosszügig“ umgehen. In 20 Jahren de-  
zimiert sich die Schuld der Gemeinde teuerungsbedingt um rund 20 %. Die Versiche-  
rung wird im Jahr 2025 zwar die ausgeliehenen 5 Mio. Franken voll zurückerhalten;  
nur entsprechen sie dann aus Sicht der Kaufkraft nur noch einem Wert von 4 Mio.  
Franken.

Warum sind Versicherungen - im Gegensatz zu Banken - bereit, Zinssätze trotz un-  
bekannter Entwicklung von Teuerung und Kapitalmarkt auf derart lange Zeit festzu-  
legen und Darlehen zu äusserst günstigen Bedingungen bei Gemeinden zu platzie-  
ren? Erstens sind sie gezwungen, ihre Prämien-Mio. sicher anzulegen. Zweitens tun  
sie das vermutlich zu Lasten von ihren Versicherten. Meine Frau und ich haben vier  
Einmaleinlagen bei der PAX mit Anrecht auf Überschussanteile, wenn der Jahresab-  
schluss der PAX erfolgreich ist. Wer daraus ableitet, Überschussanteile würden für  
alle vier, textlich identischen Policen anfallen, täuscht sich. Die PAX hat mir auf mei-  
ne Anfrage geantwortet: Mit dem Bundesamt für Privatversicherung habe sie ein Ab-  
kommen, das festlegt, bei welcher Konstellation von Markt- und technischem Zins  
Überschüsse an die Versicherten weiter zu geben sind und wann nicht. Wer über  
ähnliche Probleme erfahren will, liest in der Zeitschrift „K-Geld“ die von fehlender  
Transparenz geprägten Aussagen von einem Manager von Swiss Life, einer anderen  
Versicherung.

Die Bevölkerung wird alles Andere als zum Sparen motiviert. Zieht man die Teuerung  
und die Bankspesen vom Sparzins ab, hat man am 31. Dezember weniger als am 1.  
Januar. Wer von einem Sparkonto (ohne einschränkenden Bedingungen) „profitiert“,

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Dezember 2006

---

wird - wenn's gut geht - mit bis zu 1 % Zins honoriert. Wer das Depositokonto der Post, aber nur via Internet führt, erhält im besten Fall 1,5 % Zins. Wer mehr Zins will, muss Geld in mehrjährige Obligationen anlegen oder bei Aktien Kursverluste in Kauf nehmen. Im Moment sind Kassenobligationen (KO) in. Berücksichtigt man die Teuerung mit 1 % und alle Bankspesen, müssen für 2-jährige KO Fr. 5'000.-- Kapital eingesetzt werden, wenn man Ende Jahr gleich viel Geld wie am Anfang haben will.

Wer nicht spart, riskiert bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit früher oder später beim Sozialamt anklopfen zu müssen. Was das bedeutet, zeigen auch die stark steigenden Sozialaufwände bei der Gemeinde und beim Kanton. Die heutige Situation ist für Leute, die ohne Hilfe der öffentlichen Hand leben möchten, demotivierend. Demotivierend müsste das auch für den Bund, den Kanton, die Gemeinden und die Kirchen sein. Höhere Zinsen würden höhere Steuereinnahmen und Verrechnungssteuern bringen. Wer spart, lebt kaum von der Hand in den Mund. Die Chance, dass ein Sparer auch fürs Alter vorsorgt, ist gross.

Würde der Gemeinde überhaupt Geld anvertraut? Der Kanton könnte versuchsweise den Steuerzahlenden erlauben, beliebig viel Geld zum Zinssatz von  $3\frac{1}{4}\%$  auf ihres Steuerkontokorrent einzuzahlen. Dies wäre die billigste und wirkungsvollste Methode, die Wirksamkeit des Postulats zu testen. Wäre erst noch eine Super-PR-Aktion für den Kanton und die Gemeinden.

Wir sind überzeugt, dass natürliche und juristische Personen ihr Geld gern zu einem guten Zins einem zu 100 % sicheren Schuldner zur Verfügung stellen würden. Auch in Ostermündigen gibt es grosse Beträge, die aus Sicherheitsgründen in schlecht verzinsten Sparkonten liegen. Vereine und Stockwerkeigentümergeinschaften könnten daran interessiert sein, bei der Gemeinde Geld zu deponieren.

In anderen Gemeinden gibt's Sparkassen, die im Auftrag der Gemeinde geführt werden. Der Bund, die Kantone und auch die Stadt Zürich geben Obligationen heraus. Die Postfinance (ohne Bankenstatus) bietet Fonds, Festgeld und Hypotheken an. Ich betone das, weil man argumentieren könnte, unserer Gemeinde seien die Hände gebunden. Das Postulat sei nicht realisierbar oder die Realisierung und der Betrieb brächten trotz Computerabläufen grossen Aufwand.

### *Zusammenfassung*

Die öffentliche Hand sollte daran interessiert sein, dass die Bevölkerung spart und ihr Geld sicher und zinsoptimal anlegen kann. Von den Zinsen, welche die Gemeinde fürs Fremdkapital zu zahlen hat, sollte primär die eigene Bevölkerung profitieren.

Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen, um so mehr als das Parlament eine Ersparniskasse oder eine andere Lösung mit ähnlicher Wirkung noch beschliessen müsste.

**Gemeinderätin Ursula Lüthy (GB/SP):** Die Beschaffung von Fremdgeld bei der eigenen Bevölkerung scheint dem Erstunterzeichner des Postulates ein wichtiges An-

liegen zu sein, da er es seit Jahren immer wieder vorbringt. Der Gemeinderat kann aber die Idee nicht unterstützen und darum dem Postulat nicht zustimmen.

*Begründung:*

In unserer Region gibt es genügend Banken und andere Finanzinstitute, die sich öffentlich zur Annahme von Geldern und zur Erbringung von Finanzdienstleistungen empfehlen. Diese lösen ihre Aufgabe professionell und sind dafür auch bestens ausgerüstet. Da braucht es die Gemeinde nicht, welche zusätzlich die Funktion einer Sparkasse übernimmt. Die Gemeinde ist von den Voraussetzungen und der Infrastruktur her auch gar nicht in der Lage, eine solche Leistung zu erbringen.

So einfach, wie es im Postulatstext steht, liesse sich die Idee nicht verwirklichen. Um eine Gemeindesparkasse aufzubauen und professionell zu betreiben, wären beträchtliche Investitionen in Geld und Arbeit zu leisten. Man müsste dabei auch die bankengesetzlichen Vorschriften zu beachten. Zudem müssten man für die Sicherheit von Kundinnen und Kunden, des Verwaltungspersonals und der Geldmittel umfangreiche Massnahmen treffen. Das alles ist nicht Aufgabe einer Gemeinde.

Hingegen muss eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer wesentlichen Aufgaben die dafür notwendige Finanzierung sicherstellen. Zur bestmöglichen Bewirtschaftung ihrer Finanzen benötigt sie eine aktiv gestaltete und bedarfsbezogene Finanzpolitik auf der Basis von modernen Methoden und mit langfristigen Perspektiven. Das bedeutet unter anderem, dass Geld nur im Bedarfsfalle und unter Berücksichtigung von günstigen Konditionen aufgenommen wird. Eine Gemeinde benötigt nicht dann fremdes Geld, wenn irgend jemand sein Geld anlegen will. Die Führung einer Gemeindesparkasse würde die Gemeinde aber in eine passive Nehmerhaltung gezwungen und müsste ihre bisherige aktive Rolle im Bereich der Mittelbewirtschaftung aufgeben. Sie wäre gezwungen, Gelder anzunehmen und zurückzuzahlen zu Zeiten, der ihr oft nicht passen würden. Sie geriete damit in riskante Abhängigkeiten von einzelnen Geldgebern.

In Ostermundigen ist auch eine Selbstfinanzierung vorhanden und es kann sein, dass eine Entschuldung möglich ist. Die Gemeinde muss diese Finanzströme selbstständig steuern können. Das gehört mit zu einem wirkungsvollen „Cash“-Management.

So dient es der Gemeinde nicht, bei Überliquidität noch mehr fremdes Geld annehmen und dann schlecht verzinsbar anlegen zu müssen. Es dient der Gemeinde auch nicht, bei Liquiditätsengpässen zusätzlich noch Rückzahlungen zu leisten zu müssen und das dann fehlende Geld zu schlechten Bedingungen aufnehmen zu müssen. Beides würde zu unvermeidbaren zusätzlichen Kosten führen. Das wäre in höchstem Masse selbst schädigend.

Einer Gemeinde mit einem guten Rating<sup>1</sup> - so wie Ostermundigen - ist es gegenwärtig möglich, das Fremdkapital zu günstigen Bedingungen aufzunehmen. Ein privater

---

<sup>1</sup> Rating (englisch: to rate=(ein-)schätzen) ist ein Verfahren zur Beurteilung der Zukunftsfähigkeit von Unternehmen mit Hilfe bestimmter Wertmassstäben.

Geldanleger andererseits kann bei der Fülle der heute angebotenen lukrativen Finanzprodukte gute Gewinne erzielen.

An einer Gemeindesparkasse besteht kein gegenseitiges Interesse. Wenn beide Parteien - die Bevölkerung und die Gemeindeverwaltung - sich zeitgemäss verhalten, dann orientieren sie sich an verschiedenen Märkten. Das Anliegen des Postulates ist veraltet und für eine städtische Agglomeration völlig unpassend. Der Gemeinderat teilt auch die Auffassung nicht, dass eine Geldbeschaffung bei der eigenen Bevölkerung die Standortattraktivität von Ostermündigen erhöhen würde. Ganz im Gegenteil: Es wäre zu befürchten, dass die Gemeinde in Verruf käme, wenn sie solche Leistungen anbieten würde. Die Gemeinde würde dafür kritisiert, sich nicht auf das Wesentliche zu konzentrieren und sich nicht an den Grundsätzen eines modernen Verwaltungshandelns zu orientieren, d. h. also nicht effektiv und effizient zu sein.

Kurzum: Das Anliegen ist nicht zeitgemäss, es passt nicht ins Umfeld, entspricht keinem Bedürfnis der Bevölkerung und bringt der Gemeinde auch keinen Nutzen - ganz im Gegenteil, nur überflüssige Kosten und unnötige Risiken. Der Gemeinderat ist deshalb nicht gewillt, das Postulat entgegen zu nehmen und beantragt stattdessen die Ablehnung dieses Postulats.

**Peter Wegmann (FDP):** Das vorliegende Postulat präsentiert sich auf den ersten Blick als durchaus interessant und verlockend. Zutreffend ist ebenso die Erkenntnis, dass ein grosser Teil von unseren Gemeindeaktiven mit Fremdkapital belastet ist, was zwangsläufig zur Pflicht stehende, erhebliche Zinsaufwendungen abverlangt. Eine Entlastung zu diesem vorliegenden Szenario wäre darum durchaus sinnvoll und wünschenswert. Eine Umsetzung von dieser vorliegenden Idee offenbart aber schon von Grund auf gesetzlich massive Kriterien und Hindernisse.

Eine Sparkasse muss zwingend einen Bankenstatus aufweisen, was vorweg ein sehr aufwändiges und kostspieliges Bewilligungsverfahren abverlangt. Eine Ausnahme bildet einzig die sogenannte Gemeindegarantie. Womit sich die Gemeinde mit ihrem Eigenkapital verbürgt. Dies wiederum bedeutet, dass der Eigenfinanzierungsgrad sowie die Eigenmittelunterlegung regelmässig durch eine bankengesetzliche Revisionsstelle überprüft werden muss, d. h. wir werden eigentlich unnötig und zusätzlich bevormundet.

Diese bankengesetzliche Revision ist überhaupt in jedem Falle nötig. Im weiteren überprüft die Eidg. Bankenkommission im Bewilligungsverfahren, ob die Gemeinde überhaupt über die organisatorischen Konstellationen verfügt, um eine solche Sparkasse führen zu können. Mit anderen Worten: Nur absolut professionelles Bankhandling verbunden mit entsprechend ausgewiesenem, wohl nicht ganz billigen Fachleuten, wird toleriert. Für eine Ausgabe von Kassenobligationen ist im weiteren noch eine Zusatzbewilligung zum Effekthändler nötig. Es sei denn, die Gemeinde geht eine Art Joint Venture<sup>2</sup> mit einem externen Effekthändler ein. Dies wiederum

---

<sup>2</sup> Ein Joint Venture - auch strategische Allianz genannt - kann sein, wenn zwei oder mehr Unternehmen sich für eine bestimmte Zeit für einen bestimmten Grund zusammenschliessen.

bedarf einer speziellen und wiederkehrenden Begutachtung der Schnittstellen durch eine unabhängige Revisionsstelle, was zwangsläufig weitere Kosten verursacht.

All diese Feststellungen und Hinweise sind nicht einfach kühne Behauptungen, sondern profunde Auskünfte, die wir von der Eidg. Bankenkommission erhalten haben. Dabei haben wir auch vernehmen dürfen, dass die bestehenden Modelle Relikte aus früheren Jahren sind und in den vergangenen Jahren keine weiteren Gesuche für eine Gemeindesparkasse eingegangen sind. Was sich offensichtlich damit begründet, dass die Bewilligungsverfahren äusserst intensiv und teuer sind und zudem persönliche Ressourcen eingebunden werden.

Folglich macht es wenig Sinn, unsere Verwaltung mit diesen Belangen zusätzlich zu belasten. Die Idee ist zwar gut gemeint, letzten Endes aus vorerwähnten Gründen aber eher ein „Rohrkrepierer“. Nicht zuletzt auch aus der Erkenntnis, dass die zitierten und vorgegebenen Interessen sowie Profite punkto Attraktivität wohl allzu einseitig vorliegen und die gesamte Finanzwirtschaft aktuell schon fast wie eine „Casinobühne“ anmutet.

Ich bitte den Rat, diesen Vorstoss abzulehnen.

**Rudolf Kehrli (SP):** Auch ich habe von der Eidg. Bankenkommission die gleiche Antwort wie der Vorredner erhalten. Als langjähriger Sekretär der Finanzkommission ist mir der Postulatstext nicht fremd. Walter Bruderer hat bereits des öfters probiert, die Finanzkommission für dieses System „gluschtig“ zu machen.

Die Argumente, die gegen eine solche Gemeindesparkasse sprechen, haben bereits die Vorrednerin und der Vorredner erwähnt. In keinem Gesetz wird verlangt, dass die Gemeinde die Tätigkeiten einer Bank ausüben muss. Dazu sind Bewilligungen von der Eidgenossenschaft erforderlich. Die ortsansässigen Banken könnten die Einführung einer Gemeindesparkasse sicherlich nicht nachvollziehen.

Wenn die Einführung einer Gemeindesparkasse ein echtes Bedürfnis wäre, so hätte der Verband Bernischer Gemeinden (VBG) sicherlich schon lange die finanziellen Aspekte überprüft. Auch der Kanton wäre bei einem „rentablen“ Geschäft vorstössig geworden.

Das Handling der Kassenobligationen ist nicht so einfach, wie im Postulatstext niedergeschrieben. Die Kassenobligationen müssen einem gewissen Sicherheitsaspekt entsprechen. Auch die Verwaltung und die Kontrolle dieser Wertpapiere ist sehr arbeitsintensiv (Kontrolle, Zinsauszahlungen, div. Abrechnungen, Emissionsabgabe etc.). Diese Arbeiten können ohne kostspieliges EDV-System nicht erledigt werden.

Zur Rendite: Der Durchschnittzinssatz ist jährlich rückläufig. Die angesprochenen Kassenscheine werden gemäss Zeitungsinsert momentan für fünf Jahre zu 2,5 % und für acht Jahre sogar zu 2 ¾ % vergütet. Es liegt somit keine Differenz von Fr. 100'000.-- mehr vor. Das Risiko wäre somit zu gross.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Dezember 2006

---

Eine „ketzerische Frage“ sei mir noch erlaubt: Hat die Gemeinde Ostermundigen überhaupt die finanzpotenten Einwohnenden, welche uns ihr Geld in der gewünschten Grössenordnung zur Verfügung stellen?

Das FORUM postuliert hohe Zinsen, da tiefe Zinse negativ sind. Da geh einer hin und frage in der Wirtschaft nach oder einen Hypothekarschuldner. Schlussfolgerung: Die SP-Fraktion lehnt das Postulat ebenfalls ab.

**Walter Bruderer (FORUM):** Aufgrund der Voten muss ich feststellen, dass es vermutlich einfacher ist, den Eiger um 20 cm zu verschieben, als eine Gemeindesparkasse in Ostermundigen einzuführen. Ich habe die Diskussion in diese Richtung befürchtet. Nicht desto trotz bin ich nach wie vor überzeugt, dass es sich um eine gute Sache handelt. Ich habe auch Abklärungen durchgeführt. Die Gemeinde Affoltern i.E. zahlt für 8 jährige Kassenobligationen 3 % Zins.

Zu den Bedürfnisabklärungen kann ich erwähnen, dass ich gewillt wäre, bei der Gemeinde Geld anzulegen. Auch unsere Stockwerkeigentümergeinschaft wäre bereit, rund 0,5 Mio. Franken zu deponieren. Ich bin überzeugt, dass ein Bedürfnis für eine solche Gemeindesparkasse vorhanden ist, wenn der Sparer sieht, dass sein Geld einigermassen vernünftig angelegt ist.

Der Kanton zahlt im Moment  $3 \frac{1}{4} \%$  für vorbezahlte Steuererträge. Das System läuft zurzeit auch edmässig vollautomatisch ab. Auch die Gemeinde könnte beim Kanton für ein solches System vorstellig werden, zumal auch der Kanton stets Fremdgeld beschaffen muss. Ich bin nicht der sturen Auffassung, dass die Gemeinde eine solche Institution in Eigenregie führen muss. Auch andere Möglichkeiten können geprüft werden. Im Kanton gibt's verschiedene Ersparniskassen (neben Affoltern auch Rüggisberg, Münsingen etc.). Die Idee kann so absurd nicht sein. Ich finde es schade, dass solche neue Wege nicht gesucht werden.

**Ratspräsident:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der GGR fasst mit 24 zu 5 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Das Postulat der FORUM-Fraktion betreffend die Beschaffung von Fremdgeld bei der eigenen Bevölkerung wird begründet und abgelehnt.

93 10.374 Interpellationen  
10.2203 Arbeitszone „Mösli“

### **Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Arbeitszone Mösli (AZM); Begründung und Beantwortung**

#### **Wortlaut**

*Am 12.02.2002 hat der Grosse Gemeinderat die Zonenplanänderung genehmigt. In Artikel 63 a des Baureglements und den zusätzlich erhaltenen Dokumenten wurde festgehalten:*

- *Zone ist für Gewerbe-, Dienstleistungs- und Industrienutzung bestimmt*
- *Läden und Freizeitflächen sind nur in der unteren Bebauungsebene zulässig*
- *Es sind nur Ladengeschäfte mit Flächen <1000 m<sup>2</sup> möglich*
- *Energieversorgung: nach einem von der Gemeinde zu genehmigenden Konzept*
- *Fläche der Arbeitszone = 29'095 m<sup>2</sup>*
- *Bauvolumen = 317'113 m<sup>3</sup>*
- *Bruttogeschossfläche = 92'371 m<sup>2</sup>*
- *Hohe Ausnützung des Grundstücks*
- *8 turmartige Bauten bis 40 m Höhe*
- *Umfahrungsstrasse: 20 m Freihalteraum für allfälligen Ausbau nötig*
- *Einkaufs- und Freizeitnutzungen verursachen grosses Verkehrsvolumen*
- *Die Planung „ESP Wankdorf“ sieht Verkehrskapazitätssteigerung um bis zu 30 % vor.*

#### **Fragen**

1. *Wer in Ostermundigen ist zuständig für Änderungen in den Richtplänen des Ostermundiger Verkehrskonzepts?*
2. *Wird nur die laut AZM-Zonenplan ausgeschiedene Fläche benützt?*
3. *Sind alle Voraussetzungen gemäss ESP-Wankdorf-Verkehrsplanung bereits erfüllt, um u. a. die Umfahrungsstrasse um bis zu 30 % leistungsfähiger zu machen?*
4. *Weshalb kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass sich ein zusätzlicher Kreislauf auf alle übrigen Ostermundiger Strassen positiv auswirkt?*
5. *Wie und wann wird der öV zum AZM ausgebaut (bei welchen Kosten)?*
6. *Wird die neue AZM*

- 6.1 *den geplanten hohen Ausnutzungsgrad fürs Grundstück aufweisen?*
- 6.2 *Parkieranlagen erhalten, die Mehrfachnutzungen zulassen (ggf. in welchem Umfang)?*
- 6.3 *wesentlich höhere Steuereinnahmen bringen?*
- 6.4 *zur prognostizierten Menge an Arbeitsplätzen führen?*

**Michael Meienhofer (FORUM):** Schon seit längerer Zeit ist die AZM im Gespräch und im Parlament wurden schon einige Ringkämpfe ausgetragen. Viel wurde bereits mehr oder weniger berücksichtigt. Wünsche oder Änderungen wurden berücksichtigt oder fallen gelassen. Andere Sachen vielen den Kommunikationsproblemen zum Opfer. Die AZM ist für Ostermundigen von vitaler Bedeutung und muss dementsprechend genau und zukunftsorientiert geplant und schlussendlich bebaut werden.

Mit der vorliegenden Interpellation möchten wir Klarheit über wichtige und elementare Vorgänge der AZM sowie deren näheren Umgebung erfahren. Auf die gestellten Detailfragen möchte ich nicht näher eingehen. Das FORUM ist gespannt auf die Antworten des Gemeinderates.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Zu den Fragen nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

Frage 1

Für Änderungen am Verkehrskonzept ist der GGR zuständig. Die Realisierung des zusätzlichen Kreisels - um den geht es hier vermutlich - hat keine Änderung des Verkehrskonzepts zur Folge.

Frage 2

Der zusätzliche Kiesel beansprucht zu einem kleinen Teil Land in der Landwirtschaftszone; deshalb musste eine Ausnahme gemäss Art. 24 Raumplanungsgesetz publiziert werden. Das Verfahren zur Genehmigung des Strassenplanes liegt bei der Kantonalen Baudirektion.

Frage 3

Nein, diese Voraussetzungen sind nicht erfüllt. Im Raum Wankdorf ist beabsichtigt, mit dem zweistöckigen Kiesel bei der Wankdorfkreuzung, der Umgestaltung der Kreuzung Schermenweg/Bolligenstrasse und neuen Autobahnzufahrten die Verkehrskapazität des gesamten Wankdorfknotens zu erhöhen. Das Projekt steckt noch in der Planungsphase, Anfang 2007 wird die Mitwirkung durchgeführt.

Frage 4

Es ist ein Vorteil für die Ostermundiger Strassen, dass die Kundschaft der Verkaufsnutzungen das Gelände direkt ab der Umfahrungsstrasse erreicht. Wer nach dem

Einkauf zurück auf die Autobahn oder ins Worblental will, kommt so gar nicht in Versuchung, das Ostermundiger Strassennetz zu befahren. Bei einer Öffnung der Milchstrasse und der vollständigen Erschliessung der AZ-Mösli über die Milchstrasse wäre es denkbar gewesen, dass ein Teil der Verkehrsteilnehmer versucht hätte, über Ostermundigen rascher vorwärts zu kommen.

#### Frage 5

Der Kanton hat in diesem Herbst für das Angebotskonzept des Öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2008 und 2009 die Mitwirkung durchgeführt. Die RVK4 wie auch der Gemeinderat erwarten mit dem Bezug der entstehenden Bauten im Mösli eine erhöhte Nachfrage nach dem Öffentlichen Verkehr. Deshalb haben sie sich für den Ausbau des ÖV im Rahmen dieser steigenden Nachfrage eingesetzt. Die Kosten können z. Z. nicht beziffert werden - gesichert ist aber, dass gewisse zusätzliche Einnahmen zur Verfügung stehen werden.

Auf Druck von Einsprachen, die sich vor allem gegen die vorgesehenen Verkaufsnutzungen richteten, ist zwischen der Gemeinde und der Grundeigentümerin ein Infrastrukturvertrag abgeschlossen worden. Mit diesem Vertrag wird festgelegt, dass die für den Verkauf bestimmten Kundenparkplätze bewirtschaftet werden und die daraus erzielten Nettoerträge jährlich an die Gemeinde abzuliefern sind. Die Gemeinde setzt die Nettoerträge zweckgebunden zur Förderung des ÖV-Angebots im Gebiet der AZ-Mösli ein.

#### Frage 6.1

Wenn das Projekt so realisiert wird, wie es bewilligt worden ist - mit zwei Bürotürmen - dann wird eine Ausnützung von 1,28 erreicht. Das ist zwar nicht das Maximum, das aufgrund der Bauvorschriften erreicht werden könnte, aber doch eine beachtliche Ausnützung. Allerdings werden die Bürotürme nur gebaut, wenn die entsprechende Nachfrage vorhanden ist. Immerhin ist die Bauherrschaft bereit, im Bereich der Gebäudestatik die für den Endausbau nötigen Vorleistungen bereits zu erbringen, damit die Türme auch später noch gebaut werden können. Mehr kann seitens der Gemeinde nicht erreicht werden; mit der Baubewilligung wird der Bauherrschaft das Bauen ermöglicht, aber sie kann nicht dazu verpflichtet werden.

#### Frage 6.2

Mit der Stadt Bern und der BEA-Expo sind Dienstbarkeiten abgeschlossen worden, die sicherstellen, dass die oberirdischen Kundenparkplätze und das Areal des Prüfzentrums ausserhalb der Betriebszeiten für BesucherInnen von Grossanlässen oder Ausstellungen zum Parkieren zur Verfügung stehen. Es handelt sich um ca. 180 Parkplätze.

#### Fragen 6.3 und 6.4

Betreffend zukünftige Steuereinnahmen und zukünftige Arbeitsplätze können zur Zeit keine zuverlässigen Angaben gemacht werden, u. a. weil nicht klar ist, wann das bewilligte Bauvolumen vollständig realisiert wird. Gemäss den heutigen Kenntnissen kann im Briefpostzentrum mit etwa 50 Arbeitsplätzen und beim Strassenverkehrsamt mit etwa 20 Arbeitsplätzen gerechnet werden.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Dezember 2006

---

**Michael Meienhofer (FORUM):** Mit den Antworten bin ich teilweise bis nicht zufrieden.

94 10.375 Einfache Anfragen  
30.131 Drahtfernsehnetz

**Einfache Anfrage M. Meienhofer (FORUM) betreffend zukünftige Bewirtschaftung des Kabelnetzes (Cablecom) auf Gemeindegebiet; Beantwortung**

**Wortlaut**

*Wie aus verschiedenen Medienmitteilungen zu erfahren ist, beabsichtigt die Cablecom eine Umstellung von analoger zu digitaler Verbreitung von TV-/Radioprogrammen. Eine dadurch entstehende massive Verteuerung des Angebotes für den/die BenutzerIn wird stattfinden. Ein diesbezügliches Verfahren ist beim Preisüberwacher hängig.*

**Fragen**

- 1. Besteht die Möglichkeit durch die Gemeinde, zukünftig auf eine kostengünstige Verbreitung der betreffenden Angebote einzuwirken?*
- 2. Kann sich der Gemeinderat vorstellen, im Interesse der Bevölkerung eine solche Kabelnetzanlage selber zu betreiben, um Monopolstellungen privater Anbieter zu verhindern?*
- 3. Können bestehende Vorschriften über Satellitenempfänger-Anlagen angepasst bzw. gelockert werden? Kabelverbundanlagen für neue Technologien müssten sonst von den BenutzerInnen mit grossem Aufwand aufgerüstet oder/und finanziert werden.*

**Gemeinderat Egon Julmi (FDP):** Mit Inkrafttreten des neuen Fernmeldegesetzes (FMG) am 1. Januar 1998 und den entsprechenden revidierten Bestimmungen in Bundesgesetz vom 21. Juni 1991 über Radio und Fernsehen (RTVG, Stand März 2006) und Radio- und Fernsehverordnung (RTVV, Stand Nov. 2006) hat der Bund das Fernmeldewesen abschliessend geregelt. Damit kommt den Gemeinden in diesem Bereich weder eine Gesetzgebungs- noch eine Vollzugskompetenz zu. Die Konzessionen werden ausschliesslich durch die Behörden des Bundes erteilt. Die Gemeinde ist nicht einmal mehr befugt, Konzessionsverträge zur Regelung der Benützung von Grundstücken im Gemeingebrauch zur Kabeldurchleitung abzuschliessen. Die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Grund und Boden für die Leitungsführung regelt das FMG.

Diesem Umstand trug die Gemeinde Ostermundigen Rechnung, als sie 1999 der Auflösung des Konzessionsvertrags mit der Cablecom AG zustimmte. Mit Beendigung dieses Vertragsverhältnisses hat die Gemeinde (in Übereinstimmung mit dem übergeordneten Bundesrecht) auch jegliches Mitspracherecht bei der Programmwahl und der Preisgestaltung verloren. Für diese Belange ist ausschliesslich der Bund zuständig.

Zu den Fragen im einzelnen:

① Zu Frage 1:

Die Gemeinde hat keinen direkten Einfluss auf die Preispolitik der Cablecom. Sie kann sich einzig auf politischem Weg für eine kostengünstige Verbreitung des Kabelnetzangebots einsetzen.

① Zu Frage 2:

Die Gemeinde müsste, wollte sie selbst eine Kabelnetzanlage betreiben, beim Bundesamt für Kommunikation um eine Weiterverbreitungskonzession ersuchen. Diese setzt Bedingungen voraus, welche die Gemeinde nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand erfüllen könnte. Aus dem vorgenannten Grund und da es sich nicht um ein Kerngeschäft der Gemeinde handelt, verzichtet der Gemeinderat auf die Weiterverfolgung dieses Geschäftes.

① Zu Frage 3:

Für die Beurteilung solcher Anlagen sind Art. 17 der kantonalen Bauverordnung (BauV) und die allgemeinen Vorschriften des Gemeindebaureglements über die Baugestaltung beizuziehen. Die BauV ist kantonales Recht und dem kommunalen Recht übergeordnet, eine Anpassung der Vorschriften ist auf dieser Ebene also nicht möglich. Gemäss Art. 17 Abs. 1 BauV könnten die Gemeinden jedoch nähere Vorschriften über Aussenantennenanlagen aufstellen. In Anbetracht der relativ weiten generellen Umschreibungen, die eine Beurteilung der Zulässigkeit von Antennenanlagen erlauben, ist auch dies nicht angezeigt.

95 10.375 Einfache Anfragen  
10.2013 Tram, BernMobil (SVB)

**Einfache Anfrage D. Kirchhofer (SD) betreffend Rüti-Tram; Beantwortung**

**Wortlaut**

*Noch immer ist es unklar, ob BernMobil das Projekt Rüti-Tram realisieren will. Obwohl der Bus bis zur Rüti fährt?*

**Fragen**

1. *Was würde aus Sicht des Gemeinderates das Tram bis zur Rüti bringen, welche Vorteile hätte es?*
2. *Welche Nachteile bringt das Tram bis zur Rüti?*

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Die Fragen, die Daniel Kirchhofer stellt, werden zurzeit gerade eingehend untersucht. Ostermundigen beteiligt sich am Projekt „Zweckmässigkeitsbeurteilung ÖV-Ostermundigen“. Die weiteren Beteiligten sind das Amt für öffentlichen Verkehr, die Regionale Verkehrskonferenz 4 und die Stadt Bern. Das Projekt hat diesen Herbst die Hauptphase gestartet; mit den Ergebnissen ist in der zweiten Jahreshälfte 2007 zu rechnen.

Im Wesentlichen haben zwei Gründe das Projekt ausgelöst:

1. In Ostermundigen wie auch im Berner Nordquartier ist ein grösseres Wachstum geplant.
2. Die Linie 10 kommt immer mehr an ihre Kapazitätsgrenze.

Deshalb stellt sich die Frage, wie im Gebiet Ostermundigen - Berner Nordquartier der öffentliche Verkehr ausgebaut werden kann. Für das Tram spricht grundsätzlich die grössere Kapazität und der höhere Fahrkomfort. Ob das Tram überhaupt in die Rüti hinauffahren kann und welche Auswirkungen es auf den Strassenverkehr hat, wird jetzt mit der Zweckmässigkeitsbeurteilung untersucht.

Dem Gemeinderat ist es ein grosses Anliegen, dass sich die Zweckmässigkeitsbeurteilung nicht auf eine Tramlösung fixiert, sondern Busvarianten ebenso ernsthaft bearbeitet werden. Für den Gemeinderat ist bisher kein Vorentscheid pro oder contra Tram gefallen, es ist völlig offen, ob schlussendlich eine Tramlösung oder eine Busvariante zu bevorzugen ist. Beim Projektabschluss im Herbst 2007 wissen wir mehr.

96 10.221 Petitionen  
30.322 Sport- und Spielplätze, Freizeitanlagen

**Petition von RütibewohnerInnen für eine öffentlich zugängliche Toilette im Areal „Robinsonspielplatz“ - Orientierung des Gemeinderates**

***Wortlaut der Petition***

*„Wir bitten den Gemeinderat, folgende Varianten zu prüfen und die beste spätestens mit dem Projekt neue Wasserleitung (geplant 2007) umzusetzen: Bioklosett, WC mit Wasseranschluss, „mobiles“ chemisches WC (Container). Anlage mit oder ohne Gebührenpflicht.“*

**Gemeinderat Egon Julmi (FDP):** Dem Gemeindepräsidenten wurde anlässlich des Informationsabends im Juli 2006 auf der Rüti, eine Petition überreicht, in welcher die Prüfung für das erstellen einer öffentlich zugänglichen Toilette beim „Robinsonspielplatzes“ in verschiedenen Varianten aufzuzeigen sei. In der Folge hat die Abteilung Hochbau die Möglichkeiten für eine Umsetzung dieser Petition geprüft.

Dieses Anliegen ist zwar nicht neu, wurde doch bereits im Frühjahr 1988 über einen Anschluss der AGR-Hütte an Wasser- und Abwasser sowie einer Toilette diskutiert. Diverse Abklärungen zeigten damals, dass ein Wasseranschluss unverhältnismässig und kompliziert realisierbar wäre. Woran das Projekt schliesslich scheiterte, ist dem Hochbau heute nicht mehr bekannt.

Die Ergebnisse der geforderten Prüfungen liegen heute in Form von vier differenziert analysierten Varianten inkl. Kostenschätzung vor.

**Variante 1 - WC mit Wasseranschluss**

① Kosten:

Investitionen inkl. MWSt. belaufen sich auf Total	Fr. 88'000.--
Unterhalt / Jährliche Fixkosten werden geschätzt auf ca.	5'000.--

Die Lage der Wasser- und Abwasserleitungen befinden sich heute wie auch später weit vom Wunschstandort "AGR Hütte" entfernt. Ein WC mit Wasser- und Abwasseranschluss wäre einzig im Bereich Kindergarten / Zufahrt Reservoir vernünftig vorzusehen. Ein festinstalliertes WC mit Anschluss an Wasser und Abwasser gilt als die komfortabelste Lösung. Ob jedoch bei dieser Distanz Hütte/Reservoir die WC Anlage benützt würde, ist fraglich!

**Variante 2 - Mobiles, chemisches WC in Miete**

① Kosten:

- Investitionen inkl. MWSt. belaufen sich auf Total	Fr. 7'000.--
- Unterhalt / Jährliche Fixkosten werden geschätzt auf ca.	4'000.--

Ein mobiles WC scheint auf den ersten Blick eine gute Lösung zu sein, da man nicht auf Leitungen angewiesen ist und dadurch scheinbar den Standort frei wählen kann.

Beim mobilen WC muss beachtet werden, dass der Service (Reinigung, Entleerung Chemie-Tank) durch eine externe Unternehmung entweder wöchentlich, vierzehntäglich oder auf Abruf durchgeführt wird. Dieser Service erfolgt mittels Servicefahrzeug (Absaugschlauch etc.), welches nicht über eine unbegrenzte Reichweite verfügt. Daher ist man auch bei dieser Lösung an einen Standort in der Nähe des Rütliwegs bzw. Kindergarten gebunden.

Ein mobiles, chemisches WC ist einerseits sehr leicht (110 kg) und kann somit von 2 Personen ohne weiteres umgestossen oder versetzt werden (Vandalen lassen grüssen). Andererseits ist dieses WC nicht gerade einen Blickfang auf dem Robinsonspielplatz. Die Box müsste auf eine Betonplatte geschraubt und (z. B. mit Holz) verkleidet werden. Auch hier ist die Distanz ungefähr gleich und die Benützung somit fraglich

### **Variante 3 - Mobiles, chemisches WC in Kauf**

#### ① Kosten:

- Investitionen inkl. MWSt. belaufen sich auf Total	Fr. 32'500.--
- Unterhalt / Jährliche Fixkosten werden geschätzt auf ca.	2'000.--

Eine weitere Möglichkeit wäre, ein mobiles, chemisches WC zu kaufen (nur Occasion). Um die teuren Abpumpkosten einzusparen, wäre in diesem Fall das WC an die Wasser- und Abwasserleitungen anzuschliessen. Somit wäre es dann kein chemisches WC mehr, sondern ein „Plastik-WC“ mit Anschluss an Wasser und Abwasser und somit identisch mit Variante 1. Der Reinigungsdienst muss zudem organisiert werden (nicht berechnet). Auch diese Variante bringt nicht den gewünschten Effekt.

### **Variante 4 - Bioklosett / Komposttoilette**

#### ① Kosten:

- Investitionen inkl. MWSt. belaufen sich auf Total	Fr. 9'700.--
- Unterhalt / Jährliche Fixkosten werden geschätzt auf ca.	1'000.--

Diese Lösung scheint auf den ersten Blick als Ideal und Kostengünstig. Kann doch der Standort des „Bio- oder Trockenklosett“ absolut frei gewählt werden. Es müsste zwar genauso eine Verschalung gegen Einsicht gemacht werden wie bei allen anderen auch, hätte aber auf Grund des ökologischen Gedankengutes die meisten Vorteile. Ein wichtiger Punkt darf jedoch nicht vergessen werden! Bei der Benützung entstehen starke Geruchsemissionen. Man kann sich vorstellen, dass dadurch innert kurzer Zeit auf eine Benützung verzichtet wird und somit der heutige Zustand wieder entsteht.

① Wichtig:

Zudem müsste aus hygienischen Gründen bei dieser Variante minimal ein Wasseranschluss für die Handreinigung vorgesehen werden. Wenn man den nötigen Leitungsbau berücksichtigt, werden sich die vorgenannten Investitionen leicht um das Doppelte, wenn nicht gar mehr, erhöhen.

Der Gemeinderat kommt zum Schluss, die Petition aus den drei folgenden Gründen abzulehnen:

1. Zum einen handelt es sich hierbei um einen Wunsch- und nicht um Zwangsbedarf.
2. Auch die billigste Variante kann wegen dem, vom GGR auferlegt Sparauftrag im Budget 2007, nicht berücksichtigt werden.
3. Zudem würde ein Präjudiz geschaffen, wo ähnliche Gesuche (Familiengärten, Parkanlagen usw.) nach sich ziehen würde.

97	10.375	Einfache Anfragen
	30.417	Untere Zollgasse 8
	30.418	Untere Zollgasse 10

**Einfache Anfrage Ph. Marti (FDP) betreffend Abbruch der bestehenden Gebäude Untere Zollgasse 8 + 10; Wiederherstellung des natürlichen Terrains - parlamentarischer Neueingang**

**Wortlaut**

Im Anzeiger der Region Bern, Ausgaben vom 6. und 8. Dezember 2006 veröffentlichte die Gemeinde Ostermundigen als Gesuchsteller und Projektverfasser eine Baupublikation betreffend Abbruch der bestehenden gemeindeeigenen Gebäude an der Unteren Zollgasse 8 und 10 inklusive Wiederherstellung des natürlichen Terrains.

**Fragen**

1. Welche Absichten bezweckt die Gemeinde kurz-, mittel- oder langfristig mit dem Abbruch der Gebäude?
2. Gibt es Interessenten für den käuflichen Erwerb der Liegenschaften?  
Wenn ja, warum werden die Parzellen 1135 und 1136 nicht mitsamt den Gebäuden verkauft?
3. Gemäss Inventar der Kantonalen Denkmalpflege (KDP) sind die Gebäude als erhaltenswerte Objekte eingestuft.
  - Wurde die Denkmalpflege vorgängig begrüsst?
  - Kann in ähnlichen Fällen garantiert werden, dass private Eigentümer gleich behandelt werden wie die Gemeinde.

Eingereicht am 14.12.2006

sig. Ph. Marti

98      10.375      Einfache Anfragen  
         30.423      Schulhaus Rüti

**Einfache Anfrage B. Schröter (EVP) betreffend die Sanierung des Rütischulhauses; parlamentarischer Neueingang**

**Wortlaut:**

Mit ist aufgefallen, dass nach meiner Ansicht bei der Sanierung viele Details kurzfristig gelöst werden müssen und die Fenster erst jetzt montiert werden.

**Fragen:**

1. Sind wir im Terminplan?
2. Wenn nicht, welche Kostenfolge resultiert daraus?

Eingereicht am 14.12.2006

sig. B. Schröter

-----

**Ratspräsident:** Somit sind wir am Ende der Traktandenliste. Ich danke allen Ratskolleginnen und -kollegen für die geleistete Arbeit. Da es für mich heute die letzte Sitzung als Präsident ist, möchte ich noch einige Worte an Sie richten. Wir haben das, für das Jahr 2006 vorgesehene Pensum heute erfüllt. In 7 Sitzungen haben wir 97 Geschäfte behandelt. Einen ausführlichen Rückblick auf mein Präsidentschaftsjahr erspare ich Ihnen, es kann ja alles in den Protokollen nachgelesen werden.

Nur soviel sei gesagt:

- Die Ratsleitung ist gar nicht so einfach, wie man meinen könnte und auch die Vorbereitung der Geschäfte nimmt oft mehr Zeit in Anspruch, als man annimmt. Ich meine damit nicht nur, dass jedes Ratsmitglied einen Berg Akten studieren muss, um gut vorbereitet an den Sitzungen teilzunehmen, sondern auch die Bereitstellung der Unterlagen durch die Verwaltung.
- Was muss alles in der Botschaft erwähnt werden, damit die Zusammenhänge eines Geschäftes sichtbar werden und die Mitglieder des Grossen Gemeinderates keinen Ansatzpunkt zu Kritik finden?
- Was darf, beziehungsweise muss weggelassen werden, damit Bericht und Antrag nicht kompliziert und langfädig wirken?
- Die Verwaltung muss 40 zum Teil empfindliche Ratsmitglieder zufrieden stellen. Das gelingt nicht immer und rückblickend gibt es immer etwas, das man noch hätte besser machen können.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Dezember 2006

---

- Trotzdem bin ich zufrieden mit der Verwaltung und ich möchte die Gelegenheit benützen, allen Mitarbeitenden herzlich für die geleisteten Dienste zu danken.

Ich verschweige nicht, dass ich mich jedes Mal wenn der Pösteler ein neues, dickes Couvert mit Sitzungsunterlagen brachte, zum inneren Ausruf verleiten liess: "So viel Papier, ist das auch wirklich alles nötig?" Es ist nötig! Es wird sicher auch in Zukunft immer wieder jemanden im Rat geben, der noch gerne ein Zusatzpapier möchte oder die Botschaften anders formuliert hätte. Ich danke euch liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat für euer Mitmachen, euren Fleiss und eure Disziplin.

Es ist nicht einfach einen Saal voll „origineller“, sich oft widersprechender Personen, die es ja nur gut meinen und das Beste wollen, im Zaum zu halten. Was soll man durchlassen, was unterbinden? Manchmal ist jedes Votum zuviel und überflüssig. Trotzdem heisst es geduldig und ruhig zu bleiben, das Wort dem nächsten Sprecher zu erteilen, den Überblick über den spontanen Antragswirrwarr zu behalten und korrekt abzustimmen. Die Ratsleitung war in jeder Beziehung eine grosse, spannende und interessante Herausforderung.

Obschon ich viele endlose Debatten über Geschäfte leiten musste und es mitunter hart auf hart zuring und jede Abstimmung den Rat in Gewinner und Verlierer teilte, kann ich befriedigt Rückschau halten. Ich darf unsere engagierten Debatten als fair, respektvoll und auch kompromissorientiert bezeichnen. Die Stimmung im Rat war gut und tragfähig, dafür danke ich euch.

Ich habe jedenfalls viel gelernt. Ganz besonders, dass ohne gründliche Kenntnisse der Geschäfte keine korrekte Ratsleitung möglich ist. Aus diesem Grund habe ich vor allem die Vorbereitungsitzungen bei Christian Zahler, Marianne Meyer und Jürg Kumli geschätzt, oft konnte noch manch wichtiges Detail geklärt und bereinigt werden. Ich danke ihnen herzlich für die Unterstützung.

In meinen Dank schliesse ich auch Jürg Kumli ein, dem es immer wieder gelingt, unklare Diskussionsbeiträge in verständlich klaren Worten in einem Protokoll wiederzugeben. Ich danke auch den Presseleuten am Journalistentisch für die Berichterstattung und die wohl dosierte Handhabung von Pfeffer und Salz in ihren Beiträgen.

Meine Amtsführung habe ich unter Goethes Wort gestellt "tue das Rechte in deinen Sachen". Auch habe ich mich stets redlich bemüht, so zu handeln. Ich räume sogar ein, dass in seltenen Fällen mitunter auch das „Linke“ das „Rechte“ sein kann.

Am 18. Mai 2006 erteilte der Grosse Gemeinderat Ursula Andress die Ehrenbürgererschaft. Am kommenden Samstag, 16. Dezember 2006, ehrt nun die Gemeinde ihre weltberühmte Bürgerin und Schauspielerin „Ursi National“ für ihre Verdienste als weltweite Botschafterin der Gemeinde Ostermundigen und der Schweiz und übergibt ihr die Urkunde. Auf dem Schulhausplatz Bernstrasse wird die 70-Jährige ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger begrüessen. Der nicht alltägliche Anlass, zu dem Ihr alle herzlich eingeladen seid, beginnt um 14 Uhr. Die offizielle Übergabe der Ehrenbürgerurkunde wird am Abend im geschlossenen Kreis im Bären stattfinden.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Dezember 2006

---

Zum Abschluss möchte ich mich noch einmal ganz offiziell bei allen für die gute Unterstützung in meinem Präsidentialjahr bedanken. Für mich und meine Partei, der SVP, war es eine grosse Ehre, im 2006 den Rat zu führen und als Höchster Ostermundiger zu amten. Ich wünsche meiner Nachfolgerin Marianne Neuenschwander ein erfolgreiches Präsidentialjahr im 2007.

Nur dank meiner Ehefrau Ruth, die mir immer den Rücken freihielt, konnte ich dieses Amt ausführen. Ich danke dir herzlich dafür.

So jetzt hoffe ich, dass wir uns noch alle im Schützenhaus bei „Raclette à discrétion“ treffen.

Ihnen und Ihren Angehörigen schöne Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

**1. Vizepräsidentin Marianne Neuenschwander (SP):** Ich möchte Dir Erich im Namen aller Ratsmitglieder für die geleistete Arbeit ein herzliches Dankeschön aussprechen. Ich habe Dich stets bewundert, wie Du für jede Sitzung einen ganzen Ordner voll Geschäftsunterlagen bereit gemacht hast. Doch nie musstest Du fehlende Unterlagen zusammensuchen oder hast ein Traktandum unterschlagen. Besten Dank auch für die vielen Mitbringsel, mit welchen Du uns immer verwöhnt hast. Auf diese Geschenke muss der Rat im nächsten Jahr verzichten, da ich keinen Laden führe.

Wir wissen, dass Du Erich gerne Ski fährst. Aus diesem Grund möchten wir Dir ein Startkapital in Form von drei Tagesskipässen schenken. Den nötigen Schnee können wir Dir leider nicht mitliefern.

## **NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES**

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Erich Blaser

Jürg Kumli

Die Stimmzählenden:

Maria Anna Baumann

Markus Truog